

DER REMSCHEIDER

Die CDU-Fraktion Remscheid informiert über ihre Arbeit im Rat | Ausgabe 2 | Dezember 2011 | kostenlos



Liebe Leserin, lieber Leser,

die CDU-Fraktion kann aus der Opposition heraus erfolgreich Politik gestalten. Dies zeigte sich in den vergangenen Monaten bei den Themenbereichen „Bildungspolitik“ und „Wirtschaftspolitik“.

Wir haben uns aus der Opposition heraus unter denkbar schlechten politischen Voraussetzungen in der Remscheider **Schulpolitik** durchgesetzt.

So werden

- die vier Gymnasien – entgegen der Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden - in ihrem Bestand geschützt und erhalten,
- es wird keine dritte Gesamtschule geben, obwohl die Remscheider SPD hierzu einen Parteitagbeschluss gefasst hatte und
- der SPD-Landtagsabgeordnete sie im Landtagswahlkampf immer wieder versprochen hatte,
- der Schulausschuss hat „Ja“ zu einer Sekundarschule gesagt und
- das Weiterbildungskolleg wird nach Klausen gehen, so wie die CDU-Fraktion dies in der Vergangenheit bereits gefordert hatte.

Für uns zählt unterm Strich, dass ein positives Ergebnis für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt her-

ausgekommen ist. Allerdings legen wir Wert auf die Feststellung, dass sich die CDU als erste Fraktion mit klaren Vorstellungen zur Schulpolitik geäußert hat. Die „Ampel“ aus SPD, FDP und Grünen hat dies erst fünf vor zwölf getan – und ist zum Glück fast komplett auf die Linie der CDU umgeschwenkt.

Dank an die Bürger für klares DOC-Votum – Jetzt liegt der Ball in Düsseldorf

Unser zweiter Erfolg heißt „Blume“. Die CDU-Fraktion ist stolz auf die hohe Wahlbeteiligung – insbesondere auch der jungen Leute – an der Bürgerbefragung zum Designer Outlet Center. Wir bedanken uns bei allen Bürgern, die zur Wahl gegangen sind. Es war gut, dass CDU, FDP, Wählergemeinschaft und SPD engagiert und gemeinsam für das DOC gestritten haben. Die SPD ist hier im Gegensatz zu den Grünen von ihrer langjährigen Verweigerungshaltung abgerückt. Jetzt sollten auch die Gegner des Projekts Respekt vor einem demokratischen Votum haben. Keiner darf sagen: Mir passt nur eine Bürgerbefragung, wenn das Ergebnis auch in meinem Sinne ausfällt.

Nun muss es darum gehen, die Ärmel zur Realisierung des Projekts hochzukrempeln. Wir fragen kontinuierlich bei der Verwaltung einen aktuellen Sachstand zum DOC ab. Doch über eins müssen wir uns klar sein. Der Ball liegt nun bei der rot-grünen Regierung in Düsseldorf. Letztlich liegt die Entscheidung, ob in Remscheid rund 800 neue Arbeitsplätze entstehen, bei Ministerpräsidentin Kraft. Hier ist Überzeugungsarbeit durch den Remscheider Landtagsabgeordneten Wolf zu leisten - auch bei den Landtagsabgeordneten des Bergischen Landes.

Die CDU-Fraktion leistet jedenfalls aktiv ihren Beitrag. Wir befinden uns bereits im Gespräch mit der CDU im

Umland und auf Landesebene.

Außerdem nehmen wir unsere Remscheider Stadtverwaltung in die Pflicht, die nun konkrete Ergebnisse liefern muss. Insbesondere die Frage der Verkehrsanbindung sollte im Sinne der Menschen in Lüttringhausen überzeugend gelöst werden.

Eine weitere CDU-Idee: Bildungszentrum steht in den Startlöchern

Ebenfalls auf gutem Wege ist das neue Bildungs- und Medienzentrum (BMZ). Dieses soll Volkshochschule, Stadtbücherei und Musik- und Kunstschule unter einem Dach vereinen. Alle drei Institutionen werden unter der Leitung unserer VHS-Chefin Nicole Hauser-Grüdl enger und besser zusammenarbeiten. Insbesondere die Stadtbibliothek soll ein neues Profil erhalten, das die Bedürfnisse von Schülern stärker berücksichtigt. Der Rat wird im Dezember über das Projekt entscheiden.

Der Anstoß dazu, den Bildungstandort Remscheid zu stärken, ging von der CDU-Fraktion aus. So stellen wir für die Ratssitzung am 12. Mai 2011 den Antrag, ob auf mittelfristige Sicht die Einrichtung eines Remscheider Bildungs- und Medienzentrums möglich sei.

Ziel eines solchen Zusammenschlusses ist es, ein für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bedarfsgerechtes und bezahlbares Angebot vorzuhalten.

Wir verfolgen den Gedanken einer **Vernetzung der kulturellen und musischen Bildung sowie der Weiterbildung in unserer Stadt**. Als städtisches Zentrum für Kultur, Information, Bildung, Beratung und Begegnung sollte das Remscheider BMZ möglichst viele Menschen erreichen. Langfristig erhoffen wir uns eine Verschlinkung der Struk-



CDU FRAKTION IM RAT
DER STADT REMSCHEID

turen durch nur noch eine Institutsleitung sowie damit einhergehende Kostenvorteile bei der Aufgabenwahrnehmung. Unsere Vision eines BMZ könnte also sowohl einen kulturellen als auch finanziellen Mehrwert bieten.

„Stärkungspakt Stadtfinanzen“

Nach gegenwärtigem Stand wird der Landtag NRW am 08.12.2011 in zweiter Lesung ein Gesetz verabschieden, welches die Stadt Remscheid zur Teilnahme an einer Entschuldung verpflichtet. Konkret bedeutet dies, dass die Ausgaben eingeschränkt und die Einnahmen erhöht werden. Doch die Ausführung dieser Binsen-

weisheit wird darüber entscheiden, ob unsere Stadt zukünftig bürgerlich aufgestellt sein wird oder ob bürgerliche Errungenschaften verschwinden.

Ein Beispiel dafür, wie die „Ampel“ beabsichtigt, einseitig zu Lasten steuerzahlender Bürger zu sparen: Bei der 60 Jahrfeier der Wirtschafts-junioren Remscheid verkündete der Bürgermeister der Grünen, dass sich die Remscheider Wirtschaft auf höhere Gewerbesteuern einstellen muss. Ob diese Maßnahme geeignet ist, den Wirtschaftsstandort zu stärken und konkurrenzfähig zu halten, möge jeder Leser für sich selbst ent-

scheiden.

Auf eines können Sie sich verlassen: Die CDU-Fraktion wird ihren Wählerauftrag weiterhin mit Nachdruck erfüllen, die bürgerlichen Strukturen unserer Stadt zu erhalten und den Rahmenbedingungen behutsam anzupassen.

Mit den besten Wünschen - insbesondere für ein besinnliches und frohes Weihnachtsfest - grüßt Sie



Ihr Jochen Siegfried
CDU-Fraktionsvorsitzender

Gymnasien erhalten, Berufskollegs stärken, für Sekundarschule werben

Von Kai Kaltwasser und Susanne Pütz

Die Remscheider Politik folgt der Linie der CDU-Fraktion und spricht sich für die Sekundarschule aus. Dies ist das wichtigste Ergebnis der Sitzung des Schulausschusses vom 17. November. Damit ist der Schulkonsens, der zunächst auf Landesebene unter maßgeblicher Beteiligung der CDU gefunden wurde, nun auch bei uns geglückt. Zum nächsten Schuljahr oder spätestens 2013/2014 soll am Standort der Hauptschule Rosenhügel eine integrierte Sekundarschule gegründet werden. Wichtig ist uns, dass wir diese neue Schulform auch in Remscheid etablieren, da sie dem Elternwillen am besten Rechnung trägt.

Der Schulkompromiss bedeutet, dass mit der Sekundarschule nicht nur Neues entstehen soll, sondern auch traditionsreiche Schulen aufatmen können. Lange Zeit war insbesondere der Bestand des Leibniz-Gymnasiums von Vertretern der SPD immer wieder in Frage gestellt worden. Kurz vor der entscheidenden Schulausschusssitzung im November wurde unser CDU-Antrag in der BV Lüttringhausen, das Leibniz-Gymnasium in der bisherigen Form

und am bisherigen Standort fortzuführen, mit 11:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Für den Erhalt unserer Gymnasien hatten wir uns bereits in einer Pressemitteilung vom 15. April dieses Jahres stark gemacht. Zitat: „*Entgegen anderer Behauptungen hat Remscheid kein Gymnasium zu viel. Die Schülerzahlen an den Gymnasien werden in Zukunft konstant bleiben. Wir finden es gut, dass in unseren Gymnasien aufgrund des demografischen Wandels demnächst mehr Raum für Schüler und Lehrer zur Verfügung stehen wird. Wir halten das Infragestellen dieser Schulform für absolut überflüssig und sprechen uns für einen Bestandsschutz unserer vier Gymnasien aus.*“

Große Erfolge in der Schulpolitik

Insgesamt hat die CDU-Fraktion, obwohl sie in der Opposition ist, große Erfolge in der Schulpolitik erzielt. Wir finden es gut, dass die neue Sekundarschule nicht nur mit der Albert-Einstein-Gesamtschule, sondern darüber hinaus mit dem Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung und dem Berufskolleg Technik kooperieren soll.

Wir erwarten nun von der Verwaltung, dass sie die Bürgerinnen und Bürger über die Sekundarschule ob-

jektiv aufklärt und informiert. Die Sekundarschule ist keine Umetikettierung der Hauptschule, keine Gesamtschule light, sondern eine eigenständige Schulform.

Wichtig ist auch, dass der Schulstandort Klausen langfristig gesichert wird. Im dortigen Schulzentrum soll das Weiterbildungskolleg untergebracht werden. Auch diese Forderung hatten wir bereits in besagter Pressemitteilung vom 15. April 2011 öffentlich aufgestellt: „**Die Anmeldezahlen der Hauptschule Klausen sind stark rückläufig.**

Aufgrund der Tatsache, dass das Schulzentrum am Hackenberg in die Ganztagsbetreuung geht, kann sich der Standort der Abendrealschule dort auf lange Sicht nicht halten. Die CDU-Fraktion macht daher den Vorschlag, die Abendrealschule an den Standort Klausen zu verlegen. Wir werden dazu in Kürze einen Prüfauftrag an die Verwaltung stellen. Ein Konsens mit allen Beteiligten ist natürlich Voraussetzung.“

In der nächsten Zeit stehen wir vor folgenden Herausforderungen:

1. Wir werden darauf achten, dass

- die Schulverwaltung umfassend und objektiv über die neue Schulform Sekundarschule aufklärt und informiert. Nur wenn die Eltern genügend sachliche Informationen an die Hand bekommen, können sie die neue Schulform annehmen.
- Wir werden darauf achten, dass die „Ampel“ nicht durch die Hintertür den Bau einer dritten Gesamtschule betreiben will.
 - Wir halten es für falsch, dass der Schulausschussvorsitzende der SPD unmittelbar nach dem Schulkompromiss unkte, dass eine Elternbefragung vielleicht nicht die nötigen Anmeldezahlen für eine Sekundarschule liefern könne und daher die Planung für eine dritte Gesamtschule weiterlaufen müsse. Solches Gerade verunsichert die Menschen, bevor sie überhaupt ansatzweise

- die Chance haben, sich über die neue Schulform zu informieren.
- Fakt ist, dass der von der SPD favorisierte Neubau einer weiteren Gesamtschule angesichts unserer finanziellen Misere schwer vorstellbar ist.
 - Wir müssen dringend etwas für unsere schülerreichen Berufskollegs tun. Daher hat die Verwaltung nun einen Prüfauftrag für einen Neubau des Berufskollegs Wirtschaft und Verwaltung erhalten. Es ist ebenfalls gut, dass wir im Schulausschuss einen Antrag einstimmig verabschiedet haben, der die gutachterlich nachgewiesene Raumnot des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs am Standort beheben soll. Auch die Berufskollegs können sich darauf verlassen, dass die CDU-Fraktion weiterhin ein starker und verlässlicher Partner bleibt.



Kai Kaltwasser ist schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.



Susanne Pütz ist Mitglied des CDU-Fraktionsvorstands.

Der Schulkonsens in NRW – Erfolg für eine vielfältige Bildungslandschaft

Von Klaus Kaiser

Die bestmögliche Bildung für jedes Kind war und bleibt das Ziel der Schulpolitik der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. Dieses Credo gilt es insbesondere bei dem demografisch bedingten Schüllerrückgang vor allem im ländlichen Raum und einem geänderten Schulwahlverhalten auch weiter abzusichern.

Am deutlichsten sichtbar werden die Veränderungen durch den Rückgang der Schülerzahlen und das Elternwahlverhalten bei den Hauptschulen. Zwar leisten diese sehr gute Arbeit, aber trotz der großen Anstrengungen des Landes in der vergangenen Wahlperiode haben sie in vielen Gemeinden keine sichere Zukunft mehr. Während 1970 noch 650.000 Schülerinnen und Schüler die Hauptschulen besuchten, waren es im Jahre 2010 noch 180.000. Dies ist die wesentliche Ursache dafür, dass bundesweit die Tendenz zu einem zweigliedrigen Schulsystem geht. Andererseits gibt es auch heute noch starke ideologische Bestre-

bungen gegen Schulvielfalt und für die Schaffung einer Einheitsschule. Anpassungen der Schulstruktur sind nicht nur in Nordrhein-Westfalen erforderlich. Auch alle anderen Länder Deutschlands stehen vor dieser Aufgabe.

Die CDU stand als Opposition in Nordrhein-Westfalen im Sommer 2010 vor der Frage, ob sie an der notwendigen Fortgestaltung unseres Schulwesens mitarbeiten soll. Aus Verantwortung für eine gute Zukunft für das gesamte Bildungswesen in unserem Land haben wir beschlossen, auch als Opposition konstruktiv an der künftigen Struktur mitzuarbeiten und aktiv einen Schulkonsens mitzugestalten und ihn parlamentarisch möglich zu machen. Deswegen war es unser Ziel bei den Konsensgesprächen, die größtmögliche Sicherheit für die vernünftige und pragmatische Fortentwicklung unseres bewährten vielfältigen Schulwesens unter den Bedingungen des demografischen Wandels zu erreichen. Mit dem Schulkonsens haben wir uns auf die gemeinsame Anerkennung

und dauerhafte Sicherung eines vielfältigen Schulwesens in Nordrhein-Westfalen verständigt. Dies haben wir nun in der Verfassung festgeschrieben. Gleichzeitig führen wir mit der Sekundarschule eine neue und zukunftssichere Schulform ein. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Lösung des demografischen Problems im Schulbereich und ermöglicht weiterhin auch neue moderne pädagogische Konzepte. Sie wird die Aufrechterhaltung ortsnaher Schulangebote erleichtern.

Die Sekundarschule wird Schülerinnen und Schüler gleichwertig sowohl auf die berufliche Ausbildung vorbereiten wie auch den Besuch einer Oberstufe. Die wird durch die vorgeschriebene Kooperation mit der Oberstufe eines Gymnasiums, einer Gesamtschule oder eines Berufskollegs ermöglicht. Mit dem Verzicht auf eine eigene Oberstufe werden wir auch bei zurückgehenden Schülerzahlen weiterhin ausreichende Oberstufengrößen und damit entsprechend vielfältige Differenzierungsmöglichkeiten für alle

Schülerinnen und Schüler garantieren.

Um jedem Kind an der Sekundarschule jede Möglichkeit zu garantieren ist vereinbart, dass die neu zu entwickelnden Lehrpläne für die Sekundarschule sich an den Lehrplänen der Realschule und der Gesamtschule orientieren. Fest vereinbart ist, dass insbesondere die Stärken der heutigen Realschulen und Hauptschulen fest integriert werden. Beispielsweise gilt die Berufsorientierung an den Hauptschulen als vorbildlich für das gesamte Schulsystem. Schließlich haben wir erreicht, dass die Stellung

des Gymnasiums als unentbehrliche Säule unseres Bildungswesens anerkannt und gestärkt wird. Die Realschulen bekommen eine klare Entwicklungsperspektive, die ihrer hervorragenden Leistung und Bedeutung entspricht. Sie können selbstständig fortbestehen oder werden zum verlässlichen und bewährten Kern der anderen Säule unseres Schulwesens. Alle Schülerinnen und Schüler, egal welchen Schulabschluss sie anstreben, haben die Gewähr, dass sie beim Besuch einer Sekundarschule von Beginn an spezifisch gefördert werden.



Klaus Kaiser war von 2005 - 2010 bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW und ist seit 2010 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion NRW.

Keine Kulturpolitik nach Kassenlage

Von Monika Hein und Karl Heinz Humpert

Die schwierige finanzielle Situation unserer Stadt macht es der Kultur nicht einfach. Der von Rot-Grün auf Landesebene angestrebte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ soll den Kommunen zwar langfristig Entlastung bringen. Zunächst aber muss die Stadt Remscheid schmerzhaft Einschnitte vornehmen. Nach unserer Auffassung darf dies nicht zu einem Kahlschlag im Kulturbereich führen. Im Gegensatz zu den maßgeblichen Politikern der Ampel spricht sich die CDU-Fraktion klipp und klar für einen Fortbestand der Bergischen Symphoniker aus. Remscheid ist als kreisfreie Stadt nicht unbedingt reich an kulturellen Einrichtungen. Diese sind aber für die Attraktivität Remscheids als Wohn- und Arbeitsort unerlässlich.

Wir haben bereits Mitte März dieses Jahres konkrete Vorschläge zur künftigen Gestaltung unserer Kulturlandschaft gemacht. Leider hat **unser damaliger Vorschlag, die Bergischen Symphoniker und das Sinfonieorchester Wuppertal zu einem einheitlichen Klangkörper mit internationaler Strahlkraft zu fusionieren**, nach derzeitigem Stand keine Chance mehr auf politische Verwirklichung.

Nun müssen wir gemeinsam überlegen, wie die Zukunft unseres Orchesters gesichert werden kann. Dazu muss in Remscheid eine gemeinsame Position gefunden werden. Wir halten es nicht für glücklich, wenn der Vorsitzende der zweitgrößten Stadtratsfraktion, Herr Meinecke, gegenüber der Presse sagt, dass der Fortbestand unseres Orchesters aufgrund der Finanzlage kaum möglich sei. Wir können Kulturpolitik nicht nur nach Kassenlage machen. Wir führen daher seit einiger Zeit intensive Gespräche mit Vertretern des Orchesters, um unter den gegebenen Rahmenbedingungen Lösungsansätze für die Zukunft zu diskutieren.

Eine Fusion hätte eine Zukunftsperspektive für beide Orchester bedeutet. Jetzt gilt es, nach der zweitbesten Lösung zu suchen. Die CDU-Fraktion wird sich an konstruktiven Gesprächen zur Zukunft unseres Orchesters aktiv beteiligen. Unser Ziel ist dabei der Erhalt einer für unsere Stadt und Region wichtigen kulturellen Einrichtung.

Umso erfreulicher ist, dass fraktionsübergreifend die CDU-Idee für ein Remscheider Bildungs- und Medienzentrum auf den Weg gebracht wurde. Dieses Beispiel zeigt, dass ein fraktionsübergreifender Konsens oft

entscheidend ist für den Erfolg. Würden manche andere Fraktionen, insbesondere die FDP, ebenso entschieden für unser Orchester kämpfen, dann müssten sich die Musikerinnen und Musiker sowie alle Musik- und Kulturliebhaber in unserer Stadt weniger Sorgen machen.



Monika Hein ist kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.



Karl Heinz Humpert ist Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Weiterbildung.

CDU-Fraktion geschlossen für U₃-Ausbau

Von Thea Jüttner

Der Ausbau der Kindertageseinrichtungen für die Betreuung der unter Dreijährigen geht weiter. Zunächst hatte der Jugendhilfeausschuss der Stadt Remscheid die städtischen Pläne auf den Weg gebracht. Der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Rat haben das Vorhaben einstimmig beschlossen. **Die CDU-Ratsfraktion hat dieses Votum geschlossen mitgetragen.** Zahlreiche Erzieherinnen und Erzieher haben sich selbst ein Bild von der Abstimmung im Remscheider Rathaus gemacht.

Der Ausbau der U₃-Betreuung entspricht gesetzlichen Vorgaben. Die neue Landesregierung hat die Förderung pro Kind jedoch herabgesetzt. Unter der christlich-liberalen Landesregierung wurden 8.000 Euro pro Kind bereitgestellt – unter Rot-Grün werden „nur“ noch 7.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet eine enorme Mehrbelastung für die Kommunen.

Die CDU-Fraktion hält den weiteren U₃-Ausbau vor allem aus inhaltlichen Gründen für richtig. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Kinder von Eltern, die zeitnah zurück in den Beruf wollen, pädagogisch sinnvoll

betreut werden. Die erzieherische Kompetenz der Eltern wird durch die pädagogische Kompetenz der Fachkräfte in den Kitas sinnvoll ergänzt. Es entspricht unserem Begriff von Wahlfreiheit, dass Eltern selbst entscheiden sollen, welches Stundenkontingent für ihre Familienzeit am sinnvollsten ist. Überdies kann das mit U₃ verbundene Bildungsprogramm in Brennpunkten von Anfang an greifen, so dass wir mehr Chancengerechtigkeit erhalten. Zudem halten wir es für wichtig, dass auch Alleinerziehende möglichst sorgenfrei am Erwerbsleben teilnehmen können.

Die Situation in Remscheid stellt sich wie folgt dar:

In einem ersten Ratsbeschluss im Sommer dieses Jahres wurde der Ausbau von **zehn** U₃-Einrichtungen beschlossen. Mit dem zweiten Ratsbeschluss im Oktober dieses Jahres wurden die Mittel für **weitere zehn** Einrichtungen bewilligt. Gab es bei der ersten Maßnahme noch rund 1,4 Millionen Euro Zuschüsse vom Land NRW, musste die zweite, rund 3,2 Millionen Euro kostende Maßnahme ohne Hilfe des Landes gestemmt werden. **Weitere fünfzehn** Einrichtungen stehen noch aus. Hier müssen

wir – mit Blick auf Düsseldorf – nach dem „Prinzip Hoffnung“ verfahren.

Eigentlich sollen die Lasten zu einem Drittel auf den Bund, zu einem Drittel auf das Land und zu einem weiteren Drittel auf die Kommunen entfallen. Doch der städtische Eigenanteil liegt bis dato bei rund 50 Prozent.

Sie sehen, dass die Abwägung zwischen Wünschbarem und finanziell Möglichem immer schwierig ist. Die CDU-Fraktion Remscheid hofft, dass die rot-grüne Landesregierung ihre bisherige Haltung überdenken und den Kommunen mehr Geld für den – auch von Ihnen im Interesse der Eltern, Kinder und Erzieherinnen / Erzieher – gewünschten U₃-Ausbau zur Verfügung stellen wird.



Thea Jüttner ist stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses der Stadt Remscheid.



Bauen und Verkehr: RS braucht die B51n und neue Gewerbegebiete

**Von Rosemarie Stippekoehl
und Hans-Herbert Wilke**

In puncto Bauen und Verkehr bietet sich uns in Remscheid zurzeit ein zwiespältiges Bild. Weiterhin auf Eis liegt die Öffnung der unteren Alleestraße für den Autoverkehr. Die CDU-Fraktion hatte dieses nun umgesetzte Projekt über Jahre hinweg aktiv politisch begleitet, während es von der „Ampel“ mit großem Tam-Tam angekündigt worden ist. Bevor die Stadt den nötigen neuen Bebauungsplan aufstellen kann, müsse zunächst die Finanzierung geklärt sein, gab der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans Peter Meinecke jüngst im Haupt- und Finanzausschuss kleinlaut zu. Eine Antwort der Bezirksregierung auf die Frage, ob das Land bei einer Umwandlung der Alleestraße Zuschüsse zurückverlangt, die es seinerzeit für den Umbau zur Fußgängerzone gezahlt hatte, steht nach Angaben von Oberbürgermeisterin Beate Wilding noch immer aus. Wir von der CDU wollen geklärt wissen, wer die Folgekosten für Straßenbauarbeiten trägt. Nach unserer Kenntnis ist der Belag der Fußgängerzone nicht für den dauerhaften Kraftverkehr ausgelegt.

Es wird Zeit, dass die Verwaltung bei der Bezirksregierung mehr Druck macht und auf eine Antwort dringt. Bisher ist das von der Ampel groß angekündigte Projekt Öffnung der Allee wie eine Seifenblase zerplatzt. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich verschaukelt und fragen Ratsmehrheit und Verwaltung zu Recht, ob man damals nicht etwas blauäugig an die Sache herangegangen ist. Im Sinne einer zusätzlichen Belebung unserer Einkaufsmeile darf das Projekt aber langfristig kein Flop werden.

Ein weiterer Wermutstropfen ist der Stillstand bei der B 51n. Wir brauchen diese Umgehungsstraße dringend, um das geplante Gewerbegebiet Gleisdreieck erschließen zu können. Die Interessengemeinschaft Bergisch

Borner Bürger (IGBB) hat gegen das Gewerbegebiet nichts einzuwenden. Voraussetzung sei allerdings, so die IGBB, dass vor dessen Erschließung die Ortsumgehung Bergisch Born gebaut wird. Die CDU-Fraktion wiederholt gebetsmühlenartig: Remscheid braucht dringend ein weiteres Gewerbegebiet. Dies hat jüngst auch die IHK der Stadt ins Stammbuch geschrieben. Umso bedauerlicher finden wir es, dass Anfang Oktober der Landtagsabgeordnete Wolf (SPD) eingestehen musste, dass die Straße so bald nicht gebaut wird. Er habe sich mit einem Brief Anfang des Jahres beim Landesverkehrsminister für die B 51n eingesetzt – jedoch ohne Erfolg. Offenkundig wurde die Streichliste für den Straßenbau NRW mit Wolf nicht abgestimmt. Bei einem Ortstermin im März 2010 zwischen dem damaligen Landtagskandidaten Wolf und dem verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion hatte Wolf die Situation noch völlig anders dargestellt. Die Vorbereitungen für die B 51n wurden damals als fortgeschritten bezeichnet. Sie könnten voraussichtlich Mitte 2011 das Planfeststellungsverfahren erreichen und 2014 umgesetzt werden. Diesem Straßenbauprojekt würde die SPD den Vorzug geben, betonte Wolf im März 2010. Während der SPD-Landtagsabgeordnete in Sachen Orchesterfusion und B 51n bei seiner Landesregierung in Düsseldorf offensichtlich nichts erreichen konnte, hoffen wir, dass er beim Thema DOC an der „Blume“ erfolgreicher sein wird. Denn ob wir an der „Blume“ rund 800 neue Arbeitsplätze erhalten, entscheidet nach dem deutlichen Bürgervotum aus Remscheid jetzt letztlich die rot-grüne Landesregierung. Wir hoffen, dass Herr Wolf in Düsseldorf schon jetzt heftig für Remscheider Interessen kämpft. Bei der „Blume“ geht es darum, dass nun eine Fläche, die ursprünglich als Gewerbegebiet ausgewiesen wurde, als allgemeines Siedlungsgebiet ausgewiesen werden muss. Hierzu muss

der Bebauungsplan geändert und die Fläche als Gewerbegebiet aufgegeben werden. Die CDU-Fraktion trägt dies wegen der zu erwartenden rund 800 Arbeitsplätze mit, die der Investor für ein Designer Outlet Center öffentlich in Aussicht gestellt hat. Wenn wir es richtig anpacken, dann wird ein DOC an der ‚Blume‘ zu einem Magnet für so genannte Shoppingtouristen und damit auch für unsere Stadt und die Bergische Region. Der Marketingeffekt für unsere Stadt, nach der das DOC benannt würde, wäre unschätzbar! Wir müssen jetzt die Ärmel hochkrepeln!



Rosemarie Stippekoehl ist stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende und Sprecherin im Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege.



Hans-Herbert Willke ist Mitglied des CDU-Fraktionsvorstandes.

Impressum

Herausgeber und Eigentümer:

CDU Fraktion
im Rat der Stadt Remscheid
Konrad-Adenauer-Straße 7
42853 Remscheid
(02191) 9333582
remscheider@cdu-fraktion-rs.de

Redaktion:

Ansgar Lange

Auflage: 600 Exemplare